

Umfairteilen – Reichtum besteuern
Aktionstag in Hannover und bundesweit am 29.09.2012

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,

spätestens seit Erich Fromm wissen wir, dass nicht das Haben, sondern das Sein entscheidend ist für unsere Zufriedenheit.

So verwundert es denn auch nicht, dass die glücklichsten Menschen in Dänemark leben. Warum? Es ist das Land mit dem geringsten Wohlstandsgefälle, wie Studien nachgewiesen haben. Auch die Reichen sind dort zufriedener mit ihrem Leben.

Was uns blüht, wenn wir so weitermachen wie bisher, können wir in den armen Ländern dieser Erde studieren. In Peru habe ich gesehen, wie sich die Reichen verbarrikadieren, hohe Zäune um ihre Clubs ziehen und die armen Stadtviertel möglichst weiträumig umfahren. Wem ist nicht schon mal der teure Fotoapparat geklaut worden, weil die Armen auf diese Art und Weise für einen gewissen Ausgleich sorgen bzw. ihr Überleben sichern.

Wenn wir solche Verhältnisse in Deutschland vermeiden wollen, muss das Gefälle zwischen Arm und Reich geringer werden. Von einer Umfairteilung können also auch die Reichen in unserem Land profitieren. Im Übrigen, würde mein Vater sagen, kann keiner auf Dauer mehr als drei Koteletts am Tag essen. Wäre ja zudem auch ungesund.

Momentan geht die Schere zwischen Arm und Reich aber immer weiter auseinander. Zahlen dazu haben wir dazu schon auf diesem Podium gehört. Eine Zahl möchte ich gerne noch hinzufügen:

Laut Weltbankbericht von 2011 werden jährlich illegal rund 1.600 Mrd. Dollar über nationale Grenzen hinweg verschoben und landen häufig in den Schattenfinanzzentren. 1.600 Mrd. Dollar, das sind mehr als das

Fünffache des deutschen Staatshaushaltes von einem Jahr. Offensichtlich gibt es weltweit und auch in Deutschland immer mehr Menschen, die nicht mehr wissen, wohin mit ihrem Geld. Das Verhältnis von Gewinnen und Re-Investitionen stimmt nicht mehr. Und so werden Anlageberater wie Bürstenverkäufer losgeschickt, um den Menschen Kredite anzudrehen. Das Geld muss sich vermehren, koste es was es wolle.

Die Ev Kirche in Deutschland stellt dazu fest: „Die Wirtschaft ist um des Menschen willen da, sie ist kein Selbstzweck. Wo das Geld zum Mittelpunkt wird, wird das Wirtschaften unmenschlich.“

(Aus: Ein Riss in einer hohen Mauer, Juli 2009)

Der Kirchliche Dienst in der Arbeitswelt steht als bundesweite kirchliche Organisation für ein Gemeinwesen, in dem Solidarität und soziale Gerechtigkeit die Säulen der Gesellschaft bilden. Schließlich brauchen Menschen Anerkennung, Teilhabe, aber auch eine ausreichende materielle Absicherung der Existenz.

Eine zentrale Säule unserer sozialen Marktwirtschaft ist die *Solidarität*. Unsere Gesellschaft besteht aber nicht nur – wie uns neoliberale Ökonomen weismachen wollen – aus egoistischen Eigennutz-Maximierern. Die Menschen wollen als soziale Wesen füreinander da sein. Daraus wächst Solidarität. Das ist ein starker ethischer Impuls, der für den Zusammenhalt einer Gesellschaft unabdingbar ist.

Es kann und darf deshalb nicht sein, dass die Kosten der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die ökonomisch und sozial Schwachen der Gesellschaft abgewälzt werden. Deshalb brauchen wir eine Steuerpolitik, die auch die hohen Einkommensgruppen und die Vermögenden an den

gesellschaftlichen Lasten beteiligt. Wir brauchen eine *faire* Umverteilung! Das wird gerade in einer Stadt wie Hannover deutlich, in der die Armutsquote inzwischen bei 20,1% liegt.

Wir brauchen eine öffentliche Daseinsvorsorge, die allen Menschen gute Bildung, gute Gesundheitsversorgung, eine moderne Infrastruktur und ein auskömmliches Einkommen im Alter sichert.

Es gibt erfreulicherweise auch Vermögende, die die gegenwärtige Situation als ungerecht empfinden. In der Region Hannover haben sich z.B. die Unternehmer Rossmann und Kind für eine höhere Besteuerung der Reichen ausgesprochen. Auch andere Vermögende melden sich in ähnlicher Weise zu Wort.

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass einigen Reichen in diesem Lande ihre privilegierte Position inzwischen peinlich ist.

Es wäre zu begrüßen, wenn die Verantwortlichen in der Politik das nicht länger ignorieren.

Wir erinnern uns: Noch in den 70er Jahren galt bei uns ein Spitzensteuersatz von 56 %, 1998 von 53 %. Dieser wurde peu a peu weiter abgesenkt und liegt jetzt bei 45 %.

Andere Länder zeigen uns, dass es auch anders geht – geprägt in den skandinavischen Ländern von der Grundhaltung, dass an der Wohlstandsentwicklung möglichst alle partizipieren sollen und nicht nur einige wenige besonders Begünstigte. Dänemark erhebt z.B. einen Spitzensteuersatz von 56,6%, Schweden 55%. Im Unterschied zu Deutschland kassieren die meisten europäischen Länder eine Vermögenssteuer und höhere Erbschaftssteuern.

(Wir erinnern uns: In den 30er Jahren erhob die USA einen Spitzensteuersatz von 79 % und eine Erbschaftssteuer von 77 %, um die Krise zu überwinden.)

Und eine Vermögensabgabe hatten wir auch schon einmal: Diese wurde nach dem 2. Weltkrieg als Lastenausgleich erhoben und betrug insgesamt 50%, die in 30 Jahren nach und nach zu zahlen waren.

Der Kirchliche Dienst in der Arbeitswelt hat sich deshalb bundesweit der Kampagne „Umfairteilen – Reichtum besteuern!“ angeschlossen.

„Damit das Recht wieder wie Wasser ströme und die Gerechtigkeit wie ein nie versiegender Bach“, wie es bei dem Propheten Amos heißt (Amos 5,24).

Gerda Egbers

KDA Hannover